

# Die nicht ausgezahlten 79 Millionen Euro

IN KÜRZE

Der Bund stellt den Ländern viel Geld für die Versorgung ukrainischer Flüchtlinge zur Verfügung. Bayern hat schon vor Monaten 79 Millionen Euro abgerufen. Doch die Kommunen haben von dem Geld noch nichts erhalten. Die Staatsregierung will erst ein Gesetz ändern. Die Grünen werfen ihr politische Stimmungsmache vor.

VON KATRIN WOITSCH

München – Mehr als 152 000 Menschen aus der Ukraine sind in den vergangenen zwölf Monaten nach Bayern geflüchtet. Gut ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche. Die Kommunen müssen Unterkünfte für sie finden, Kita-Plätze bereitstellen, es ist mehr Personal nötig in den Schulen und der Verwaltung, aber auch für die soziale Betreuung. Für die Kommunen bedeutet das auch finanziell einen großen Kraftakt, wie Christoph Göbel (CSU), Landrat im Kreis München, betont. Bisher trägt der Bund etwas mehr als 67 Prozent dieser Kosten. „Eine weitere Entlastung ist dringend nötig“, fordern Göbel – und viele andere Landräte und Bürgermeister in Bayern.

Zwei Milliarden Euro hat die Bundesregierung den Ländern dafür zugesagt. Bayern



Eine Ukrainerin bedankt sich mit einem Plakat in München für die Hilfe, die sie bekommen hat.

FOTO: ZUMAPRESS.COM/PA

hat bereits im Dezember 79 Millionen Euro abgerufen. Bei den Landkreisen ist von diesem Geld aber noch kein Cent angekommen. Nicht einmal die Nachricht, dass bald finanzielle Unterstützung fließen wird.

Die Regierungsparteien erklären das mit einer notwendigen Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialge-

setze (AGSG). „Wir brauchen einen gültigen Rechtsrahmen, um das Geld zu verteilen“, betonte Matthias Engstler (CSU) gestern im Sozialausschuss des Landtags. Die erste Lesung dafür fand im Dezember statt, seitdem ist nichts mehr passiert.

Die Grünen werfen der Staatsregierung Verschleppung vor. „Das Geld müsste

längst bei den Kommunen sein“, schimpfte Kerstin Celina im Ausschuss. Bis die zweite Lesung durch ist, sei es mindestens April. „In den Kommunen laufen aber jetzt die Haushaltsberatungen. Sie müssen wissen, dass sie Geld vom Bund einplanen können“, betonte Celina.

Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg gehen

pragmatischer vor, berichtet die bayerische Grünen-Abgeordnete Claudia Köhler. Dort wurden die Hilfen ohne Gesetzesänderung sofort ausbezahlt. Das Finanzministerium in Stuttgart bestätigt das. Auch bei der Arbeitsagentur in Nürnberg haben die Grünen nachgehakt. Sie soll Daten für einen Verteilschlüssel liefern. Das Ministerium ha-

be aber nur eine normale Anfrage gestellt, berichtet Köhler. „Deshalb dauert es bis Ende April mit den Daten. Bei einer eiligen Anfrage wäre das innerhalb weniger Tage möglich gewesen.“ Sozialministerin Ulrike Scharf betont auf Anfrage, die Gesetzesänderung sei nötig, um das Geld zielgenau entsprechend der Belastungen zu verteilen. Dafür seien die Daten nötig. Wenn andere Länder andere Wege gehen, würden sie auf eine Verteilungsgerechtigkeit verzichten.

Die Grünen fordern, die Hilfen vom Bund ohne Gesetzesänderung sofort weiterzuleiten. Sie werfen den Regierungsparteien vor, das Thema für politische Stimmungsmache gegen die Ampel-Regierung in Berlin zu nutzen. Die CSU betonte immer wieder, der Bund lasse die Kommunen beim Thema Flüchtlinge allein, sagte Celina.

Auch die SPD ärgerte sich darüber, dass die Auszahlung in Bayern so lange dauert, sprach sich aber dennoch für die Gesetzesänderung aus. „Wir brauchen eine Rechtsgrundlage dafür“, betonte die Ausschuss-Vorsitzende Doris Rauscher (SPD). Sie schlug vor, das Ministerium aufzufordern, die Beratung für das Gesetz zu verkürzen, um das Verfahren zu beschleunigen. Das Thema müsse noch vor Ostern durch die anderen Ausschüsse. „Die Kommunen warten auf das Geld.“

## Drei Fachschulen für Kinderpflege

Der Freistaat will zum Start des neuen Schuljahrs im September drei neue staatliche Berufsfachschulen für Kinderpflege einrichten. Die neuen Schulen sollen in Rosenheim, Eichstätt sowie in Garmisch-Partenkirchen entstehen, teilten das Kultus- und Finanzministerium mit. Der Berufsabschluss „Staatlich geprüfte Kinderpflegerin und Kinderpfleger“ sei einer „mit Zukunft und von unschätzbarem Wert für die Gesellschaft“, sagte Kultusminister Michael Piazzolo (Freie Wähler).

Die Bildung und Erziehung von Kindern sei eine zentrale Aufgabe, dafür brauche es „bestens ausgebildetes Personal“, sagte Piazzolo weiter. Die neuen Berufsfachschulen ermöglichen eine „attraktive und wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeit“, sagte Finanzminister Albert Fürkacker (CSU). Die Staatsregierung setze sich „aktiv dafür ein“, dass möglichst viele Menschen diese „wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe“ im Kita-Bereich übernehmen können. Seit Jahren schon herrscht im Kita-Bereich ein enormer Fachkräftemangel. Der Kinderpfleger-Beruf ist vor allem in Bayern weit verbreitet. Ein Großteil der bundesweit knapp 57 500 Kinderpfleger arbeitet in Bayern, nämlich rund 24 900.

## „Er ist ein Reformpapst – trotzdem“

INTERVIEW Jesuit Batlogg zur Wahl von Franziskus vor 10 Jahren

Als am 13. März 2013 weißer Rauch aufstieg im Vatikan, erfuhr Andreas R. Batlogg, dass ein Ordensbruder zum Papst gewählt worden war: Der Jesuit Jorge Maria Bergoglio, Erzbischof von Buenos Aires. Als Reformist ist Papst Franziskus vor zehn Jahren gestartet. Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Wir sprachen darüber mit dem Münchner Jesuiten Batlogg.



Papst Franziskus



Andreas R. Batlogg BOB

**Viele Hoffnungen hatten sich auf Papst Franziskus gerichtet. Jetzt enttäuscht er sowohl Traditionalisten als auch Reformen. Scheitert er an Verkrüstungen?**

Ich kann mich gut erinnern an den riesigen Aufbruch, den seine Wahl ausgelöst hat. Franziskus ist einfach eine gigantische Projektionsfläche geworden – deshalb musste er auch enttäuschen. Ich halte ihn trotzdem noch für einen Reformpapst – nur gibt es mehr Widerstand als nach außen sichtbar wird und Intrigen, die alles verlangsamt haben. Sein großes Thema Synodalität braucht Zeit.

**Viele hatten sich einen Aufbruch in der Kirche erhofft. Heute erleben wir Stillstand und Rückschritt.**

Wenn wir nur auf das schauen, was schiefeht, kann man diesen Eindruck gewinnen. Die großen Themen Weltklima, Weltfrieden und Weltreligionen: Da bringt er sich ein und da merkt man, dass er ein Global Player ist. Das innerkatholische Klein-Klein interessiert ihn nicht. Die Lage im Südsudan ist für ihn viel bedeutender. Aber das ist schwer zu vermitteln.

**In einem Interview hat er sich abschätzig über den Synodalen Weg geäußert. Warum spricht er nicht direkt mit Bischöfen und Laien?**

Offenbar war beim Ad-limina-Besuch in Rom im November ein weiteres Treffen mit den deutschen Bischöfen ge-

plant. Davon sind die Deutschen ausgegangen und haben die Reformen im ersten Treffen weitgehend ausgeklammert – und dann ist der Papst nicht mehr gekommen. Ich bedauere sehr, dass er Narrative bedient und Klischees verbreitet – wie die Äußerung „wir haben bereits

**Wer ein synodaler Bischof sein will, muss lernen, Macht abzugeben.**

Pater Andreas R. Batlogg

eine gute protestantische Kirche“. Meines Erachtens ist das unter dem Niveau eines Jesuiten, der differenziert Dinge wahrnehmen muss. Ich wünsche mir ganz energisch, dass Kardinal Marx, der seit 2013 im Kardinalsrat saß, auf den Tisch klopf und sagt: „Heiliger Vater, das ist unfair. Informieren Sie sich besser.“

**Hat er falsche Ratgeber?** Hat er, ja. Man weiß auch nicht, auf wen er wirklich

hört. Manche meinen, dass er alles im Alleingang macht. Da entsteht ein kritisches Bild: Ich kann nicht für Synodalität werben, aber dann selber sehr überhastet entscheiden. Ich gebe dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing, schon recht: Es ist nicht gut, die Kirche über Interviews zu regieren.

**Versteht der Papst, in welcher schwieriger Situation die deutsche Kirche ist?**

Das denke ich schon. Aber ich glaube, dass die Untergangsszenarien nicht stimmen – etwa dass wir auf ein Schisma zusteuern oder eine zweite Reformation. Leider erweckt Franziskus den Eindruck, zusammen mit dem Klischee, die deutsche Kirche sei überorganisiert, aber habe wenig geistliche Strahlkraft. Es hat den Anschein, dass er diesen Stimmen nachhängt, und das wird unserer Realität einfach nicht gerecht. Im Synodalen Weg ist so viel Sachverstand versammelt von Bischöfen, Priestern, Laien, Frauen und Männern, Gelehrten und Praktikern: Das kann man nicht einfach abtun als Elite. Das ist unfair und ich würde sogar sagen: unchristlich.

**Franziskus ist 86. Ist ein Rücktritt denkbar?**

Er ist physisch gebrechlich, aber geistig wach. Wir brauchen ihn noch. Er mischt sich ein, er eckt an. Das ist wichtig, in der Kirche ebenso wie in Gesellschaft und Politik. Ich bin froh, dass wir diesen Papst haben – ich wünsche mir nur, dass er seine Aversivon gegen den Synodalen Weg überdenkt. Wer ein „synodaler Bischof“ sein will, muss lernen, Macht abzugeben, anders zuzuhören, anders zu denken und anders zu handeln. Beteiligungssimulation, wie ein deutscher Kirchenrechtler es nennt, darf es nicht sein.

Interview: Claudia Möllers

## Wichtige Unterstützung für den Naturschutz

ANZEIGE

Zweckerträge der GlücksSpirale tragen zum Erhalt des Steinkauzes bei

Der Bayerische Naturschutzfonds fördert mit jährlich rund 2,8 Millionen Euro aus den Zweckerträgen der GlücksSpirale diverse Umweltprojekte im Freistaat. Seit Beginn der Unterstützung im Jahr 1999 wurden bis 2022 insgesamt 1034 Projekte in allen Regionen Bayerns realisiert. Jedes für sich ein Gewinn für die Natur. Denn auch vermeintlich kleine Projekte können viel bewegen.

### Bayerns kleinste Eulenart schützen – der Steinkauz

Die Streuobstwiesen in Unterfranken sind ein besonders wichtiger Lebensraum für viele Tierarten. Hier lebt unter anderem die größte Population des gefährdeten Steinkauzes in Bayern. Die Ortsgruppe Aschaffenburg-Miltenberg des Landesbunds für Vogelschutz in Bayern (LBV) führt regelmäßig eine Bestandserfassung und Kartierung der Nistplätze durch. Zum Erhalt der ortstreuen kleinen Eulenart gilt es, die bekannten Reviere zu bestätigen und



Der Steinkauz ist Bayerns kleinste Eulenart. Maßnahmen zu ihrem Schutz werden finanziert durch Zweckerträge der GlücksSpirale. Foto: LBV Bildarchiv

neue potenzielle Höhlenbäume zu bestimmen. Dies ging nur dank des Einsatzes zahlreicher Ehrenamtlicher und der Finanzierung durch den Bayerischen Naturschutzfonds mit den Zweckerträgen der GlücksSpirale.

Bayerischer Naturschutzfonds  
Stiftung des Öffentlichen Rechts



i

### Über zwölf Millionen Euro für gemeinnützige Einrichtungen

Zahlreiche Projekte, die ansonsten nur schwer oder gar nicht realisierbar wären, können mit den Mitteln der GlücksSpirale verwirklicht werden. So fließen die Zweckerträge der GlücksSpirale an den Deutschen Olympischen Sportbund, die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz sowie an den Bayerischen Naturschutzfonds. Im Jahr 2022 erhielten diese gemeinnützigen Einrichtungen in Bayern insgesamt über zwölf Millionen Euro, um gezielt Projekte zu fördern.

Immer ein Gewinn ...  
... auch für die Natur.

rund 2,8 Mio. € jährlich  
für den Bayerischen  
Naturschutzfonds  
aus den Erträgen der



Filme zu Förderprojekten gibt es hier:

Staatliche Lotterien-  
und Spielbankverwaltung

mit ihren  
starken  
Marken

